



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kommission für Integration	10.10.2019	öffentlich	Empfehlung

Betreff:

**Einbürgerungskampagne der Stadt Nürnberg
hier: Beschluss des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung vom 17.10.2017**

Anlagen:

Beschluss des Integrationsrates vom 17.10.2017
Sachverhalt

Sachverhalt (kurz):

Der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung hat in seinem Beschluss vom 17.10.2017 die Durchführung einer Einbürgerungskampagne vorgeschlagen. Als Kernelement einer solchen Kampagne wird ein persönliches Anschreiben des Oberbürgermeisters angeregt. Die Verwaltung unterstützt den Vorschlag des Integrationsrates, eine Kampagne mit dem Ziel durchzuführen, die Möglichkeit der Einbürgerung zu bewerben und die Anzahl der Einbürgerungen zu steigern. Dem konkreten Vorschlag des Integrationsrates für ein persönliches Anschreiben des Oberbürgermeisters an alle Personen, die die rechtlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen, kann in der Form nicht nachgekommen werden.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)
- Ja
- Kosten noch nicht bekannt
- Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

- dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Die Anmeldung zum Stellenplan ist erst für das Jahr 2020 geplant.

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Eine Einbürgerungskampagne zielt auf die Verbesserung der politischen Teilhabe und Repräsentanz von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ab.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 Koordinierungsgruppe Integration
 EP
 Rat für Integration und Zuwanderung

Empfehlungsvorschlag:

Die Kommission für Integration empfiehlt, dass die Stadt Nürnberg eine Einbürgerungskampagne durchführt. Die Einbürgerungskampagne soll im Jahr 2020 konzipiert und geplant und ab dem Jahr 2021 durchgeführt werden. Die Kommission für Integration empfiehlt, hierfür die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitzustellen.